

| | | | |
|---------------------------|---|--------------------------|----------|
| Protokoll: | Ausschuss für Klima und Umwelt des Gemeinderats der Landeshauptstadt Stuttgart | Niederschrift Nr. | 42 |
| | | TOP: | 7 |
| Verhandlung | | Drucksache: | 472/2021 |
| | | GZ: | SWU |
| Sitzungstermin: | 30.09.2022 | | |
| Sitzungsart: | öffentlich | | |
| Vorsitz: | BM Pätzold | | |
| Berichterstattung: | | | |
| Protokollführung: | Herr Haupt / fr | | |
| Betreff: | Prüfung der Klimarelevanz von Beschlussvorlagen - Vertagung - | | |

Beratungsunterlage ist die Vorlage des Referats Städtebau, Wohnen und Umwelt vom 15.09.2022, GRDRs 472/2021, mit folgendem

Beschlussantrag:

Die Verwaltung stellt in städtischen Gemeinderatsdrucksachen mit klimarelevanten Beschlussanträgen die Auswirkung auf das Klima in einem gesonderten Abschnitt dar.

Die Beratungsunterlage ist dem Originalprotokoll sowie dem Protokollexemplar für die Hauptaktei beigelegt.

StRin Munk (90/GRÜNE) betont, sie vermisse in der Vorlage GRDRs 472/2021 in einigen Bereichen konkrete Inhalte. Sie stellt den mündlichen Antrag, den Bereich Mobilität und Verkehr und den Bereich Tiefbau in der Breite in die Vorlage mit aufzunehmen, wie der Bereich Hochbau beleuchtet werde. Die Verwaltung solle diesbezüglich einen Vorschlag erarbeiten und das Thema solle vor der Gemeinderatssitzung im Ausschuss für Stadtentwicklung und Technik (STA) am 11.10.2022 behandelt werden. Da die Erarbeitung dieses Vorschlags durch die Verwaltung bis zur Sitzung des STA nicht möglich sei, werde so die Vorlage durch eine Behandlung eine Woche später in den Beratungslauf eingebunden.

Herr Körner (S/OB) betont, die Verwaltung werde den Klimamobilitätsplan bis zum Jahresende vorlegen. Darin seien die Maßnahmen der Verwaltung aufgeführt, wie die CO₂-Reduktionsziele erfüllt werden sollten. Falls die Fraktionen andere inhaltliche Ergänzungen wünschten, müsste dies der Verwaltung mitgeteilt werden.

Ihre Fraktion wolle die Vorlage GRDRs 472/2021 nicht aufhalten, so StRin Munk. Diese solle vor einem Beschluss um den Punkt ergänzt werden, welcher im Klimavorbehaltsplan ebenso behandelt werde. Dadurch solle eine Verbindlichkeit der Prüfung der Klimarelevanz erreicht werden.

StR Sakkaros (CDU) betont, der Tagesordnungspunkt (TOP) solle unter dem Gesichtspunkt einer zu erwartenden umfassenden Diskussion aufgeschoben werden. Eine Vertagung in den STA halte er jedoch nicht für richtig, da das Thema den Ausschuss für Klima und Umwelt (AKU) betreffe und im STA den zeitlichen Rahmen sprengen würde.

Es bestehe das Dilemma, so StR Rockenbauch (Die Fraktion LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei), bei diesem TOP einerseits vorankommen zu wollen, und andererseits noch eine intensive Diskussion führen zu müssen. Er sei mit einem "Schmalspur-CO₂-Bilanzierungsansatz" nicht einverstanden. Dieser stelle weder eine Kontrolle noch ein Monitoring und Nachhalten dar. Ebenso wenig bestehe hierbei ein Budget und eine Haushaltsabteilung Klimaschutz. Der knappen Vorlage könne mit der Vorgabe zugestimmt werden, ebenso den Verkehr zu betrachten. Auf diese Weise werde der Beratungslauf der Vorlage nicht verzögert. Es gehe nicht an, dass in der Vorlage lediglich der Betrieb betrachtet werde und andere Aspekte ausgeblendet würden. Wie in der Schweiz müsse bei den Rechenverfahren eine Betrachtung des Lebenszyklus erfolgen.

StR Ozasek (PULS) erinnert an eine sehr intensive Diskussion zu diesem Thema vor der Sommerpause. Die Art der Bilanzierung sei nicht trivial. Bezüglich des Themas "Scope-3-Emissionen" und des Bereichs der bau- und infrastrukturbedingten Emissionen sei von der Verwaltung zugesichert worden, sie werde hierzu einen entsprechenden Vorschlag unterbreiten. In der Diskussion zu diesem Thema erwarte er einen Bericht der Verwaltung, wie mit dem CO₂-Restbudget und den "Scope-3-Emissionen" umgegangen werden solle. Insbesondere im Bereich Bauen müsse es bei der Bilanzierung Ziel sein, eine Lebenszyklusbetrachtung zumindest von Infrastrukturen durchzuführen. Die erarbeitete Vorlage ist aus Sicht des Stadtrats enttäuschend und kann in dieser Form nicht verabschiedet werden.

Es sei ungeschickt gewesen, so StRin Schanbacher (SPD), dass statt der lediglichen Einbringung der Vorlage in eine inhaltliche Debatte eingestiegen worden sei. Sie schlägt in Bezug auf das weitere Verfahren vor, diesen TOP in der nächsten Sitzung des STA zu behandeln, da durchaus weiterer Redebedarf bestehe. Es bestehe Einigkeit darüber, die Vorlage zügig auf den Weg zu bringen. Falls der TOP auf den nächsten AKU vertagt werde, werde der Prozess in die Bilanzierung aktiv aufgehoben, wogegen sie sich vehement ausspreche, so StRin Schanbacher.

StRin Munk unterbreitet einen Verfahrensvorschlag in der Art, dass die Vorlage in der heutigen Sitzung als Ziffer 1a beschlossen werde. In einer zweiten zu erstellenden Vorlage 1b sollten die fehlenden Punkte aufgenommen werden. So könnten die ersten Punkte bereits zügiger angegangen werden.

Die Vorlage könne entweder als erster Schritt auf den Weg gebracht werden und dann weiter beraten werden, so BM Pätzold, oder es werde eine inhaltliche Diskussion darüber geführt. In diesem Fall sei jedoch der AKU der zuständige Ausschuss, in dem der TOP erneut aufgerufen werden müsse.

StR Ozasek schlägt vor, in der heutigen Sitzung lediglich den Beschlussantrag ohne die Begründung zu beschließen. Die Debatte über die Systematik des Bilanzierens solle zu einem anderen Zeitpunkt geführt werden.

Diese Vorgehensweise sei nicht möglich, so BM Pätzold, da die Systematik bereits in der Bilanzierung festgelegt werden müsse. Der Vorsitzende bekräftigt seine zuvor getätigten Ausführungen zur weiteren Vorgehensweise, wonach die Vorlage im nächsten AKU aufgerufen und das Thema der Bilanzierung explizit diskutiert werden solle. Er sehe zum jetzigen Zeitpunkt keine Mehrheit für die Vorlage, selbst wenn sie im STA am 11.10.2022 erneut behandelt werde. Die Verwaltung werde weitere Vorschläge zur Bilanzierung unterbreiten und es sei eine politische Entscheidung, ob diese auf Zustimmung träfen.

StR Winter (90/GRÜNE) betont, durch die Beauftragung einer neuen Vorlage gehe relativ viel Zeit verloren. Der Bereich Hochbau sei zwar in der Vorlage gut abgebildet, reiche der Mehrheit jedoch nicht aus. Allerdings könne dieser Aspekt zunächst auf den Weg gebracht werden.

Es handle sich um eine abgestimmte Verwaltungsvorlage, so BM Pätzold, an der zahlreiche Referate beteiligt seien. Der Vorschlag betreffe den gesamten Verwaltungsbereich. Falls über die Vorlage Diskussionsbedarf bestehe, solle dieser TOP auf den nächsten AKU vertagt werden. Zur Begründung verweist der Vorsitzende erneut auf seine vorigen Ausführungen.

Da keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, stellt BM Pätzold fest:

Der Ausschuss für Klima und Umwelt vertagt diesen Tagesordnungspunkt auf die Sitzung des AKU am 28.10.2022. Somit wird dieser nicht wie vorgesehen in der Sitzung des Gemeinderats am 13.10.2022 behandelt.

Zur Beurkundung

Haupt / fr

Verteiler:

- I. Referat SWU
zur Weiterbehandlung
Amt für Umweltschutz
Amt für Stadtplanung und Wohnen (5)
weg. GR, AKU, GR

- II. nachrichtlich an:
 1. Herrn Oberbürgermeister
 2. S/OB
 3. Referat AKR
 4. Referat WFB
Stadtkämmerei (2)
 5. Referat SOS
 6. Referat JB
 7. *Referat SI*
 8. Referat T
 9. GPR (2)
 10. Amt für Revision
 11. L/OB-K
 12. Hauptaktei

- III.
 1. *Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN*
 2. CDU-Fraktion
 3. *SPD-Fraktion*
 4. *Fraktionsgemeinschaft Die FrAKTION
LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei*
 5. *FDP-Fraktion*
 6. *Fraktionsgemeinschaft PULS*
 7. *Fraktion FW*
 8. *AfD-Fraktion*

kursiv = kein Papierversand